



ZDF-Politbarometer August 2014

ZDF-Politbarometer August 2014
Deutsche gegen Waffenlieferungen in den Irak - Wachsende Sorgen über Putins Politik
Deutschland hat bisher grundsätzlich keine Waffen in Krisengebiete geliefert. Das soll sich jetzt ändern. Allerdings spricht sich mit 67 Prozent eine deutliche Mehrheit gegen deutsche Waffenlieferungen in den Irak für die Kurden aus. Lediglich 27 Prozent unterstützen den neuen Kurs der Bundesregierung. Diese Waffenlieferungen werden von allen Parteianhänger-Gruppen mehrheitlich abgelehnt. Fast genauso deutlich werden Waffenlieferungen durch andere westliche Staaten abgelehnt.
Terrorgefahr auch für Deutschland - Dass von der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) auch für Deutschland eine direkte Gefahr ausgeht, glauben 67 Prozent, 28 Prozent sehen eine solche Gefahr nicht.
Geteilte Meinung über Deutschlands Verantwortung in der Welt - Knapp jeder zweite Befragte (49 Prozent) meint, dass Deutschland in Zukunft mehr Verantwortung bei der Lösung internationaler Konflikte übernehmen sollte. Fast ebenso viele sprechen sich jedoch gegen ein verstärktes Engagement aus (47 Prozent; Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht").
Mehrheit glaubt, dass Russland noch weitere Gebiete der Ukraine annektieren will - Fast zwei Drittel aller Befragten (64 Prozent) glauben, dass Russland nach der Annexion der Krim versuchen wird, weitere Gebiete der Ukraine dem russischen Staatsgebiet anzugliedern. Lediglich 28 Prozent glauben das nicht. In diesem Zusammenhang befürchten 60 Prozent, dass es zu einem direkten Krieg zwischen Russland und der Ukraine kommen wird, 39 Prozent teilen diese Befürchtungen nicht.
Wachsende Sorgen über Putins Politik - Inzwischen machen sich 69 Prozent aller Befragten sehr große oder große Sorgen über die Politik des russischen Präsidenten (März: 53 Prozent; Mai: 61 Prozent). Nicht so große oder überhaupt keine Sorgen machen sich 30 Prozent (März: 46 Prozent; Mai 37 Prozent). Eher wenig besorgt sind dabei die Anhänger der AfD (38 Prozent) und die der Linken (48 Prozent).
Projektion: SPD und FDP legen zu; Grüne und AfD verlieren - Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf unverändert 41 Prozent und die SPD auf 25 Prozent (plus 1). Die Linke bliebe konstant bei 9 Prozent, die Grünen könnten mit 10 Prozent (minus 1) rechnen und die FDP mit 4 Prozent (plus 1). Die AfD käme jetzt nur noch auf 4 Prozent (minus 1). Die anderen Parteien zusammen erzielten erneut 7 Prozent.
Immer weniger meinen, dass die FDP noch gebraucht wird - Waren nach dem Scheitern der FDP bei der Bundestagswahl im September 2013 noch 55 Prozent aller Befragten der Auffassung, dass die FDP auch zukünftig als Partei gebraucht wird, sind das jetzt nur noch 38 Prozent. 55 Prozent (September 2013: 39 Prozent) aber halten sie jetzt nicht mehr für notwendig.
Nur Minderheit erwartet, dass die AfD langfristig Erfolg haben wird - Nur 18 Prozent glauben, dass die AfD langfristig erfolgreich sein wird, 64 Prozent erwarten das nicht (weiß nicht: 18 Prozent). Nach ihrem Erfolg bei der Europawahl glaubten im Juni noch 25 Prozent an einen langfristigen Erfolg der AfD (nicht erfolgreich: 60 Prozent; weiß nicht: 15 Prozent).
Top Ten - Auch in diesem Politbarometer liegt Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter auf Platz eins der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker. Sie erreicht jetzt auf der Skala von +5 bis -5 einen etwas verschlechterten Durchschnittswert von 2,6 (Juli: 2,8). Auf Platz zwei liegt Frank-Walter Steinmeier mit ebenfalls etwas verschlechterten 2,1 (Juli: 2,4). Danach folgen Wolfgang Schäuble mit 1,8 (Juli: 2,0), Sigmar Gabriel mit 1,3 (Juli: 1,2), Peer Steinbrück mit 0,9 (Juli: 1,1), Thomas de Maizière mit 0,9, Ursula von der Leyen mit ebenfalls 0,9 (Juli: 1,0), Gregor Gysi mit 0,4 (Juli: 0,5) und Andrea Nahles mit 0,3 (Juli: 0,5). Schlusslicht bleibt Horst Seehofer mit 0,2 (Juli: 0,3).
Mehrheit will Kostenbeteiligung der Bundesligavereine für Polizeieinsätze - Ähnlich wie schon in der Vergangenheit befürwortet eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent eine Beteiligung der Bundesligavereine an den Kosten für Polizeieinsätze aufgrund von Fan-Randale. Lediglich rund jeder Fünfte (21 Prozent) spricht sich gegen eine solche Forderung aus.
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 19. bis 21. August 2014 bei 1264 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteianteil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteianteil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 44 Prozent, SPD: 29 Prozent, Linke: 7 Prozent; Grüne: 10 Prozent, FDP: 3 Prozent, AfD: 3 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 5. September 2014.
ZDF - ZDF-Strasse 1 - 55100 Mainz - Deutschland
Telefon: +49 (0) 6131-700 - Telefax: +49 (0) 6131-70-12157 - URL: <http://www.zdf.de> - 

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.